

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Juli 2021

**EU-Politik:
Interview mit
Christoph Blocher**

Seiten 8-9



**Linken Unsinn
stoppen! NEIN zur
99%-Initiative**

Seite 13



**Referendum gegen
staatlich finanzierte
Medien**

Seite 15



**Die SVP Schweiz
wünscht allen einen
schönen 1. August**

Die Bevölkerung steht hinter der SVP

Die jüngsten Abstimmungserfolge zeigen: Die SVP vertritt die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. Das spornt uns an, die freiheitlichen Werte der Schweiz weiter zu stärken.

Das Nein des Schweizer Stimmvolks zum CO₂-Gesetz am 13. Juni wurde von den Kommentatoren als grosse Überraschung gewertet. Der SVP, die als einzige Partei das teure, nutzlose und ungerechte neue Gesetz bekämpfte, ist damit ein grosser Sieg gelungen. Es ist vor allem ein Sieg für die Bevölkerung. Sie bleibt von massiven Mehrkosten und staatlicher Bevormundung verschont. Die Vernunft hat sich gegen den Klimawahn und den Gouvernanten-Staat durchgesetzt.

Für die SVP war der Superabstimmungssonntag vom 13. Juni sehr erfreulich. Auch bei den extremen Agrarinitiativen und beim PMT-Gesetz zur Terrorbekämpfung folgte die Mehrheit unseren Parolen. Beim Covid-Gesetz hatten wir Stimmfreigabe beschlossen. Die starke Minderheit von fast 40 Prozent, die sich gegen das Gesetz ausgesprochen hat, zeigt, dass die SVP auch in der Corona-Politik den Nerv des Stimmvolks trifft. Da die Finanzhilfen des Bundes unbestritten waren, ist der hohe Nein-Stimmenanteil als deutliches Zeichen dafür zu werten, dass viele Bürgerinnen und Bürger die unverhältnis-

mässigen Massnahmen des Bundesrats ablehnen.

Stadtluft macht unfrei

Die jüngsten SVP-Erfolge an der Urne belegen, dass unsere Partei auf Kurs ist und eine Politik für die Bürgerinnen und Bürger der Schweiz macht. Schon bei der Volksinitiative zum Verhüllungsverbot konnten wir unsere Positionen gegen eine Übermacht von Gegnern an der Urne durchsetzen.

Dabei bestätigt sich ein Befund, der sich in den letzten Jahren immer deutlicher gezeigt hat: Es ist die Landbevölkerung, die die Fahne der Freiheit hochhält.

Im Mittelalter hiess es: «Stadtluft macht frei.» Heute ist es genau umgekehrt. Die ländliche Bevölkerung verteidigt die liberal-konservativen Werte, welche die Schweiz stark gemacht haben. Sie setzt auf Eigenverantwortung und auf Sicherheit in Freiheit.

Diese urschweizerischen Werte siegten über die Arroganz der verwöhnten Städter, denen es egal ist, wenn die Benzinpreise massiv steigen. Sie haben Tram und Bus vor der Haustüre. Für die

grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer, aber auch für die vielen KMU, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden, gilt das nicht. Darum wehren sie sich zu Recht gegen einen gierigen Umverteilungsstaat, der ihnen immer unverschämter in die Tasche greift.

Ich beobachte hier so etwas wie einen neuen Kulturkampf: die Luxus-Linken und Bevormunder-Grünen in den Städten gegen die freiheitsliebenden Bürgerinnen und Bürger auf dem Land. Die einen verkörpern eine moralisierende Symbolpolitik, die anderen stehen für Vernunft und realistische Lösungen.

Als SVP-Präsident setze ich mich mit aller Kraft dafür ein, dass die freiheitlich-demokratische Schweiz erhalten bleibt. Ich weiss, dass Sie dabei alle mit grossem Engagement für unsere Werte und unsere Partei arbeiten. Dafür danke ich Ihnen herzlich!

Marco Chiesa
Ständerat und Präsident
der SVP Schweiz



Eigenständig und selbstbewusst

Für den 1. August wünsche ich uns allen drei Dinge. Erstens: Einen guten Zusammenhalt über alle Altersgruppen und Regionen hinweg, zweitens die Offenheit für die Suche nach gemeinsamen Lösungen und drittens eine grundsätzliche Gesprächsbereitschaft. Bleiben wir pragmatisch und packen alle Chancen, die sich bieten. Selbstbewusst und selbstverantwortlich.

Am 1. August feiern wir den 730. Geburtstag der Eidgenossenschaft. Das heisst, seit mehr als 700 Jahren sind wir von fremden Mächten unabhängig. Wir gehen seither unseren eigenen Weg. Damit das auch so bleibt und wir selbstbestimmt bleiben, finden wir immer wieder neue Lösungen.

Wir haben bewegte Zeiten hinter uns. Die Pandemie hat uns alle seit Monaten im Griff. Damit verbunden sind die gesundheitlichen Herausforderungen. Nicht zu vergessen die Folgen für die Wirtschaft und vor allem auch für jeden Einzelnen von uns. Es gibt viele Menschen, die sich Sorgen machen. Sei es, weil sie die Arbeit verloren haben, weil sie krank geworden sind oder Ängste vor der Zukunft haben.

Ein Geburtstag ist immer wieder auch ein Anlass darüber nachzudenken, was wir uns fürs nächste Lebensjahr erhoffen. Ich wünsche mir für die Schweiz und damit für uns alle:

- Einen guten **Zusammenhalt** zwischen Alt und Jung, zwischen Stadt und Land, über den Röstli- oder «Polenta»-Graben hinaus. Nur zusammen

können wir uns Halt geben in diesen herausfordernden Zeiten.



- Offenheit für gemeinsame **Lösungen**. Gerade die Pandemie zeigt uns, dass es gemeinsame Lösungen braucht. Ein paar Beispiele: das Grosskind, das sich impfen lässt, um die Grosseltern zu schützen. Das Unternehmen, das seinen Mitarbeitenden rasch die

Möglichkeit von Homeoffice organisiert. Der Staat, der Härtefallprogramme unterstützt, den Ausfall von Arbeitsstunden mit Kurzarbeitsentschädigungen kompensieren hilft, Überbrückungskredite und Bürgschaften zur Verfügung stellt.

- **Gesprächsbereitschaft**. Vor ein paar Wochen hat der Bundesrat entschieden, die Gespräche mit der EU über ein institutionelles Rahmenabkommen zu beenden. Es war der richtige Schritt. Damit herrscht nun Klarheit. Doch was es jetzt braucht, ist der Dialog mit der EU, mit unseren Nachbarländern. Bleiben wir offen für Gespräche, bleiben wir pragmatisch und packen alle Chancen, die sich uns bieten – selbstbewusst und selbstverantwortlich.

Wenn sich diese drei Wünsche im 731. Jahr der Eidgenossenschaft erfüllen, dann ist es auch kein Problem, den eigenen Weg weiter-

hin gehen zu können. Denn: Die Schweiz hat alles, was sie braucht: Politische Stabilität, gute Fachkräfte, beste Rahmenbedingungen in vielen Bereichen.

Viva la Svizzera - Vive la Suisse - Viva la Svizra - Es lebe die Schweiz

Besuchen Sie einen 1.-August-Anlass

Hier treten unsere National- und Ständeräte auf



Kanton Aargau



Ständerat Hansjörg Knecht
01.08.2021; 19:30 Uhr
Büntenstrasse 209, Dorfteil Etzgen,
Mettauertal (AG)



Nationalrat Andreas Glarner
01.08.2021; 20:30 Uhr
Fornholz, Seon (AG)



Nationalrat Alois Huber
01.08.2021; 19:10 Uhr
Festplatz, Birrhard (AG)



Nationalrat Benjamin Giezendanner
01.08.2021; 10:30 Uhr
Dorfplatz, Menziken (AG)
01.08.2021; 20:00 Uhr
Schulareal, Gansingen (AG)



Nationalrätin Stefanie Heimgartner
01.08.2021; 11:00 Uhr
SWISSCOY-Truppe, Kosovo (Ausland)
01.08.2021; 19:00 Uhr
EUFOR-Truppe, Bosnien (Ausland)



Kanton Freiburg



Nationalrat Pierre-André Page
31.07.2021; 12:00 Uhr
Ferme Vitagneau, Ch. le Moulin 7,
Cheyres (FR)
31.07.2021; 21:00 Uhr
Pl. Ecole, Font (FR)
01.08.2021; 20:30 Uhr
Pl. Village, Chevroux (VD)



Kanton Bern



Nationalrätin Nadja Umbricht Pieren
01.08.2021; 19:30 Uhr
auf dem St. Jodel, Ins (BE)



Nationalrat Lars Guggisberg
01.08.2021; 19:30 Uhr
Feuerwehrmagazin, Mülchi (BE)



Ständerat Werner Salzmann
31.07.2021; 20:00 Uhr
Aeschstrasse 44, Niederönz (BE)
01.08.2021; 11:30 Uhr
Schulhausstrasse 13, Wimmis (BE)



Nationalrat Albert Röstli
31.07.2021; 20:00 Uhr
St. Stefan i. Simmental (BE)
01.08.2021; 20:00 Uhr
Berg, Dietikon (AG)



Nationalrat Andreas Aebi
31.07.2021; 20:00 Uhr
Schulhausplatz, Schüpbach (BE)
01.08.2021; 10:00 Uhr
Bundeshaus, Bern (BE)



Kanton Graubünden



Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher
01.08.2021; 20:30 Uhr
Bodenhausplatz in Splügen,
Rheinwald (GR)



Kanton Solothurn



Nationalrat Christian Imark
31.07.2021; 20:00 Uhr
Schulhausareal, Kappel (SO)
01.08.2021; 13:00 Uhr
Traditionelles 1. August-Fondue,
Fehren (SO)



Nationalrat Walter Wobmann
01.08.2021; 11:30 Uhr
Dorfplatz, Mehrzweckhalle,
Oberbösgen (SO)
01.08.2021; 13:00 Uhr
Breitenpark am Wasser,
Grüthgässli, Rothrist (AG)

Wichtige Information

Sie interessieren sich für einen 1.-August-Anlass und der konkrete Veranstaltungsort fehlt? Leider waren bei Redaktionsschluss nicht alle Details zu den Veranstaltungsorten bekannt. Wir aktualisieren jedoch die online-Ausgabe unserer Parteizeitung. Sie finden alle Angaben unter: www.svp.ch/partei/publikationen/parteizeitung/

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 53'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Bildquellen: SVP Schweiz, Parlament.ch, UDC Vaud, Goal AG, Abstimmungskomitee «Nein zur Ehe für alle».

**Kanton Thurgau**

Nationalrätin Diana Gutjahr
01.08.2021; 11:00 Uhr
 Salmsacher Bucht (TG)
01.08.2021; 20:00 Uhr
 Turnhalle, Sommeri (TG)



Nationalrätin Verena Herzog
01.08.2021; 19:00 Uhr
 Stedi, Ermatingen (TG)



Ständerat Jakob Stark
01.08.2021; 10:45 Uhr
 Schulanlage Neuwies, Berg (TG)

**Kanton Obwalden**

Nationalrätin Monika Rüegger
01.08.2021; 09:30 Uhr
 Flüeli Ranft, Sachseln (OW)

**Kanton St. Gallen**

Nationalrätin Esther Friedli
01.08.2021; 15:00 Uhr
 Landgasthaus Sonne, Ebnat-Kappel (SG)
 Reservation erforderlich

**Kanton Zug**

Nationalrat Thomas Aeschi
01.08.2021; 17:00 Uhr
 Alp Tannenboden, Flumserberg (SG)

**Kanton Schwyz**

Nationalrat Marcel Dettling
31.07.2021; 20:00 Uhr
 auf dem Stoos (SZ)
01.08.2021; 14:30 Uhr
 Restaurant Wildä Maa, Hoch-Ybrig (SZ)



Ständerat Alex Kuprecht
01.08.2021; 10:00 Uhr
 Bundeshaus, Bern (BE)

**Kanton Zürich**

Nationalrat Martin Haab
01.08.2021; 19:30 Uhr
 Forstbetriebsgebäude, Bachs (ZH)



Nationalrätin Therese Schläpfer
01.08.2021; 20:45 Uhr
 Obere Luegeten, Wildberg (ZH)



Nationalrat Mauro Tuena
01.08.2021; 19:00 Uhr
 Familie Kunz, Unterdorfstrasse,
 Hinwil (ZH)



Nationalrat Thomas Matter
01.08.2021; 10:00 Uhr
 Restaurant Chalet Suizo,
 Javea (Spanien)

**SVP-Bundesräte**

Bundespräsident Guy Parmelin
31.07.2021; 18:30 Uhr
 Herzogenbuchsee (BE)
31.07.2021; 21:00 Uhr
 Villars-sur-Ollon (VD)
01.08.2021; 11:30 Uhr
 Bauernbrunch, Ferme à Bouloz (FR)
01.08.2021; 20:45 Uhr
 Esplanade de Montbenon,
 Lausanne (VD)



Alt Bundesrat Christoph Blocher
01.08.2021; 16:00 Uhr
 Park des Hotel Kulm, St. Moritz (GR)
 Anmeldung erforderlich



Nationalrat Gregor Rutz
31.07.2021; 19:00 Uhr
 auf freiem Feld zwischen Dozwil,
 Kesswil und Uttwil (TG)
01.08.2021; 19:00 Uhr
 Schmiede Wiedikon, Birmensdorfstr.
 140, Zürich (ZH)

**Kanton Tessin**

Ständerat Marco Chiesa
01.08.2021; 11:30 Uhr
 Grotto Arla da Covin, Madonna D'Arle,
 Sonvico Lugano (TI)



Nationalrat Alfred Heer
~~**01.08.2021; 02:00 Uhr**~~
~~Doripütz, Niederhasli (ZH)~~
01.08.2021; 20:00 Uhr
 auf dem Uetliberg (ZH)

**Durch
Gemeinde
abgesagt**



Nationalrat Piero Marchesi
01.08.2021; 11:30 Uhr
 Grotto Arla da Covin, Madonna D'Arle,
 Sonvico Lugano (TI)

Salonlinke und Bevormunder-Grüne stimmen gegen die Bevölkerung!

Es hält sich hartnäckig die Legende, dass sich jedes Mitglied des National- und Ständerats zum Wohle der Bevölkerung einsetze und dass doch eigentlich alle nur das Beste für unser Land und seine Bevölkerung wollen. Doch weit gefehlt!



von Andreas Glarner
Nationalrat
Oberwil-Lieli (AG)

Beginnen wir mit der Sicherheit. Es dürfte unbestritten sein, dass Angehörige gewisser Volksgruppen unsere Schweiz unsicherer als andere machen und dass vor allem die Gewalt an Frauen schlicht und einfach importiert ist. Dies abzustreiten wagen nicht einmal mehr die Sozialisten – allzu deutlich sind die Statistiken. Niemand, der sich ernsthaft für die Anliegen der Frauen und die Sicherheit in unserem Lande einsetzt, kann also wollen, dass ausländische Mörder, Vergewaltiger, Kinderschänder, Attentäter und weitere

Verüber von groben und gröbsten Straftaten nach Verbüßung der Haftstrafe und erfolgtem Landesverweis je wieder in die Schweiz zurückkehren dürfen. Gerade die Linken, die Grünlinken und die Grünen, welche sich doch immer so vehement für die angeblich so massiv benachteiligten Frauen einsetzen, müssten hier mit Begeisterung zustimmen.

Doch leider ist genau das Gegenteil der Fall. Dies zeigte sich gerade in der Sommersession einmal mehr: Die vereinigten Linken haben mit gütiger Mithilfe der Vertreter von GLP, FDP und Mitte einen entsprechenden Einzelantrag bei der Beratung des Gesetzes über die Harmonisierung der Strafrahmen abgelehnt. Einzig die SVP-Vertreter stimmten diesem Antrag geschlossen zu.

Verhätschelung von ausländischen Straftätern

Ausländische Mörder, Vergewaltiger, Kinderschänder etc., welche nach einem meist milden Urteil die Verbüßung der Strafe in Luxus-Strafanstalten mit Mahlzeitenauswahl,

grosszügigem Freizeitprogramm und weiteren Annehmlichkeiten absolvieren dürfen, werden also weiterhin – wenn überhaupt – nur für kurze Zeit des Landes verwiesen. Die Verhätschelung geht munter weiter.

Nicht anders ist es beim CO2-Gesetz. Wer sich wirklich für den Mittelstand und vor allem auch für die Familien und die nicht ganz so gut

Verdienenden in unserem Lande einsetzt, konnte diesem Gesetz niemals zustimmen. Doch auch hier bildete sich eine Allianz von Linken und Grünen über GLP, Mitte bis hin zur FDP, welche diesem Gesetz zum Durchbruch verhelfen wollte. Einzig die SVP kämpfte mit ein paar verbleibenden anständigen Verbänden gegen dieses unsägliche Gesetz, welches nebst massiv teureren Mieten und höheren Benzinpreisen vor allem neue Vorschriften, eine gigantische Umverteilung und einen Selbstbedienungsladen für die Öko-Lobbyisten gebracht hätte. Hier zeigte sich gerade in der Nachwahlbefragung, dass sich einige Parteien komplett verrannt und gegen ihre eigenen Wähler kämpften.

Es geht also nicht um die Sicherheit, nicht um die Rechte der Frauen, nicht um die Umwelt – es geht schlicht und einfach darum, die linksgrünverblendete Ideologie oder eine eigene Interpretation von Liberalismus ausleben zu können. Einzig die SVP kämpft unbeirrt, ohne sich vom Zeitgeist und dem medialen Dauerfeuer beeinflussen zu lassen, für das Wohl der Schweizerinnen und Schweizer!



Viele Frauen sind Opfer von verbaler und körperlicher Aggression, Belästigung und Missbrauch. In der Sommersession 2021 stimmten die Luxussozialisten gegen eine Verschärfung der strafrechtlichen Massnahmen zum Schutz von Frauen vor Aggressoren, die oft einen Migrationshintergrund haben.

Keine fremden Richter, keine fremden Steuern

Der Bundesbrief ist 730 Jahre alt und immer noch topaktuell. Seine Botschaft lautet: Wir wollen selber bestimmen. Darum war es richtig, die Verhandlungen mit der EU über ein Rahmenabkommen abubrechen. Genauso wenig sollten wir ein Steuerektat der OECD akzeptieren.



von Peter Keller
Nationalrat
Hergiswil (NW)

«Nicht schon wieder die alten Geschichten...» So tönte es teilweise, als wir das Höhenfeuer gegenüber dem Rütli planten. Es ging um die Feier zum Verhandlungsabbruch des Rahmenabkommens.

Hat uns das Rütli wirklich nichts mehr zu sagen? Ist der Bundesbrief von 1291 nur noch ein verstaubtes Dokument, das keine Bedeutung mehr hat für die heutige Schweiz?

Eine Bemerkung vorweg: Es gibt den Bundesbrief tatsächlich. Man kann ihn im Bundesbriefmuseum in Schwyz besichtigen. Die Urkunde ist datiert «im Jahre des Herrn 1291 zu Anfang des Monats August». Darum begehen wir in der ganzen Schweiz den 1. August als Nationalfeiertag.

Was steht in dieser 30 mal 20 Zentimeter kleinen Urkunde? Die Talschaften von Uri, Schwyz und Nidwalden geloben einander Beistand «im Hinblick auf die Arglist der Zeit». Wir haben es mit einem Schutzbündnis zu tun. Gegen alle, «die ihnen oder jemand aus ihnen Gewalt oder Unrecht an Leib oder Gut antun».

Unrecht verhindern, ist das eine. Unrecht ahnden, das andere. Und hier stossen wir zum Kern des Bundesbriefes vor: «Wir haben auch einhellig ge-

lobt [...], dass wir in den Tälern durchaus keinen Richter, der [...] nicht unser Einwohner oder Landmann ist, annehmen sollen.» Mit anderen Worten: Wir dulden keine fremden Richter. Und die Richter im Mittelalter sind immer gleichzeitig auch die Herrschenden. Man duldet also auch keine fremden Herren im Land.

Schulen vernachlässigen Schweizer Freiheitsgeschichte

Am Anfang der Eidgenossenschaft steht eine klare Ansage: Wir wollen selber bestimmen. Das ist die zentrale und bis heute gültige Botschaft des Bundesbriefes. Mit dem Institutionellen Rahmenabkommen hätten wir uns jedoch dem EU-Recht und dem Europäischen Gerichtshof unterworfen.

Die SVP ist die einzige Partei, die sich gegen diesen Unterwerfungsvertrag zur Wehr setzte. Das hat auch damit zu tun, dass an den Schulen die Schweizer Geschichte und der Freiheitskampf der alten Eidgenossen nicht mehr richtig vermittelt wird. Es wird gezielt das historische Bewusstsein beseitigt. Umso wichtiger ist es, dass wir am 1. August an die Wurzeln der Schweiz erinnern.

Schon kurz nach 1291 musste sich das junge Bündnis ein erstes Mal behaupten. Die Habsburger planten eine Strafaktion gegen dieses aufmüpfige «Bauernvolk», wie es in einer zeitgenössischen Quelle heisst. Worum ging es? Die Eidgenossen verweigerten Herzog Leopold den «Gehorsam», die «Steuern» und die «gewohnten Dienstleistungen». Keine fremden Richter, keine fremden Herren.

Der Kampf um die Unabhängigkeit der Schweiz geht weiter. Nun will die OECD weltweit Mindeststeuern für Un-



Der Bundesbrief von 1291 ist aktueller denn je! Auch im Jahr 2021 müssen wir unsere Freiheit und Unabhängigkeit verteidigen.

ternehmen verordnen. Ist diese OECD demokratisch legitimiert? Können wir Schweizer über solche Beschlüsse abstimmen? Warum wehrt sich unser Bundesrat nicht gegen dieses fremde Diktat? Ich glaube, unsere Regierung sollte wieder mal den Bundesbrief durchlesen.

«Die EU-Befürworter verfolgen

Alt Bundesrat Christoph Blocher erklärt, was die von der SVP gezündeten Mahnfeuer bedeuten. Und welche Strategie die Schweiz in der Europapolitik einschlagen muss.

Herr Blocher, die SVP hat das definitive Aus der Verhandlungen über das Institutionelle Abkommen mit der EU mit Freiheitsfeuern in allen Schweizer Kantonen gefeiert. Was wollte man mit dieser Aktion zum Ausdruck bringen?

Zum ersten, die Freude über die Wahrung der Unabhängigkeit. Wichtiger ist aber noch: Diese Höhenfeuer sind «Mahnfeuer», Zeichen, dass wir bereit sind, um auch in der Zukunft die Unabhängigkeit der Schweiz zu verteidigen!

Mit der Beerdigung des Rahmenabkommens haben Sie nach der Ablehnung des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) 1992 jetzt die zweite grosse europapolitische Schlacht gewonnen. Welche Faktoren waren diesmal entscheidend?



Beim EWR hat erst die Volksabstimmung für das NEIN gegen die Eingliederung der Schweiz in die EU gesorgt. Diesmal tat es schon die Regierung. Entscheidend war, dass diesmal bereits konkrete negative Folgen sichtbar wurden, wenn man die Gesetzgebung und die richterliche Hoheit an die EU abtritt, wie dies das Institutionelle Abkommen (InstA) beinhaltete. Das rief die Gewerkschaften, Bürgerliche und die Kantone auf den Plan.

an die EU anzubinden. Wo lauern die grössten Gefahren?

Es ist klar, nur EU-Beitrittsbefürworter können einem solchen InstA zustimmen. Es war von Anfang an klar, dass

Die SVP zündete Freiheitsfeuer in allen Schweizer Kantonen

Um das Ende des Institutionellen Abkommens mit der EU und damit den Fortbestand einer freien und unabhängigen Schweiz zu feiern, liess die SVP am 26. Juni 2021 in allen 26 Kantonen Höhenfeuer leuchten. In Morschach mahnten alt Bundesrat Christoph Blocher, Parteipräsident Marco Chiesa und Nationalrat Roger Köppel zur Wachsamkeit. Die jüngsten Erfolge im Europadossier und an der Urne dürften die Partei nicht träge machen. Der Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit müsse immer wieder von Neuem geführt werden.

Mehr Bilder von allen Höhenfeuer-Anlässen finden Sie hier:

QR-Code scannen ►

oder Webseite besuchen:

www.svp.ch/partei/publikationen/bildergalerien



Die Euroturbos aller anderen Parteien geben noch längst nicht auf. Bereits wälzen sie heimlich neue Pläne, um die Schweiz enger



diese EU-Befürworter weitermachen. Sie verfolgen dies fanatisch. Sie paktieren

ihr Ziel weiter!»



sogar mit der EU in landesverräterischer Weise. Die Gefahr ist, dass sie es in kleinen Scheiben und mit harmlosen Abmachungen versuchen.

Welche Strategie muss die Schweiz jetzt im Umgang mit der EU einschlagen?

Der EU klar sagen, dass ein Institutionelles Abkommen nicht in Frage kommt, denn die Schweiz kann nicht auf ihre Unabhängigkeit verzichten und will nicht das Stimmrecht der schweizerischen Bürgerinnen und Bürger durch die Rechtssetzung der EU ersetzen. Das muss die EU zur Kenntnis nehmen.

Im Weiteren ist von der EU zu verlangen, dass sie die bisher abgeschlossenen bilateralen Verträge einhält. Tut sie dies nicht, muss die Schweiz Gegenmassnahmen ergreifen.

Für neue bilaterale Verträge, die im Interesse von beiden sind, aber keine institutionelle Bindung beinhalten, ist die Schweiz offen.

Sollen die Kohäsionszahlungen an die EU im Umfang von weit über einer Milliarde Franken nun freigegeben werden, auch wenn die EU die Schweiz weiter diskriminiert?

Kohäsionszahlungen sind an sich zu verwerfen. Gefährlich ist – unabhängig von der finanziellen Belastung –, wenn solche Beträge als Voraussetzung

für einen offenen Binnenmarkt bezahlt werden müssen. So etwas gibt es nirgends auf der Welt. Hier muss die Schweiz NEIN sagen und Gegenmassnahmen treffen.

Sie haben Ihr politisches Engagement in den letzten Jahren und Monaten ganz auf die Europapolitik konzentriert. Welche Ziele haben Sie sich persönlich für die nähere Zukunft vorgenommen?

Weiterhin für die Unabhängigkeit der Schweiz kämpfen und für eine freiheitliche Ordnung im Innern. Ich tue dies als einfacher Stimmbürger und ohne politisches Mandat.



Alt Bundesrat Christoph Blocher bleibt in der Politik mit der EU wachsam. Getreu seiner politischen Linie erinnert er uns daran, dass in der Schweiz jede Generation für die Unabhängigkeit kämpfen muss.

Nie mehr darf die Freiheit so stark beschnitten werden!

Die SVP hat schon im März 2020 eine klare Strategie zur Bekämpfung der Corona-Pandemie vorgelegt. Hätte der Bundesrat sie konsequent verfolgt, wären die massiven sozialen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schäden vermieden worden. Die Freiheiten und Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger dürfen niemals wieder in einem solchen Ausmass eingeschränkt werden.



von Thomas Aeschi
Nationalrat und
SVP-Fraktionspräsident
Baar (ZG)

Zugegeben, die Situation war nicht einfach. Zu Beginn der Corona-Pandemie im Frühling letzten Jahres war vieles noch unklar. Insbesondere lagen keine belastbaren Daten vor, wie gefährlich das neue Virus wirklich war. Dennoch zeichnete sich schon damals ab, dass es grosse Unterschiede bezüglich der Risikogruppen gibt. Ältere Menschen und solche mit Vorerkrankungen sind besonders betroffen. Jüngere Menschen und Kinder hingegen kaum.

Nach einer nüchternen Analyse der Situation legte die SVP bereits am 31. März 2020 als erste und einzige Partei eine klare Strategie im Umgang mit der Pandemie vor. Diese umfasste zwei Kernforderungen: Erstens sollten die Risikogruppen konsequent geschützt werden. Und zweitens sollte der grosse Rest der Bevölkerung unter Einhaltung von Schutzkonzepten weiterhin möglichst frei leben und arbeiten können.

Unverhältnismässige Massnahmen der Regierung

Der Bundesrat, angeführt von Gesundheitsminister Alain Berset, agierte hingegen zuerst zu zögerlich und dann völlig übertrieben. So warnte der Chefarzt der Armee im Februar 2020 vergeblich vor dem Virus – bevor der Bundesrat dann den Holzhammer auspackte. Die Lockdown-Mass-

nahmen waren völlig unverhältnismässig. Der renommierte Gesundheitswissenschaftler John Ioannidis von der Stanford University hat kürzlich in einem Interview betont, dass die Folgen der Massnahmen gegen das Virus viel verheerender seien als die Folgen des Virus selbst. Das muss man sich einmal vorstellen.

Mit einer konsequent auf den Schutz der Risikogruppen ausgerichteten Strategie, wie sie die SVP skizzierte, wären die unermesslichen Schäden in sozialer,

ling dauerte "nur" sechs Wochen (vom 18. Januar bis 1. März 2021).

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) fiel derweil vor allem durch Fehlleistungen und Pannen auf. Sie reichen vom Hin und Her mit der Maskenpflicht über das Schlamassel bei der Beschaffung von Impfstoffen, das Versagen bei der Umsetzung der Teststrategie bis zu Massnahmen aufgrund von falschen R-Werten.



Im vergangenen Winter unterstützte die SVP aktiv die Petition "Stop Lockdown", die mehr als 260'000 Unterschriften für die Aufhebung der willkürlichen Verbote sammelte. Die SVP wird in Bern weiter für die Freiheit kämpfen.

gesundheitlicher und wirtschaftlicher Hinsicht – samt dem Rekorddefizit und der enormen Neuverschuldung des Bundes – vermeidbar gewesen.

Dennoch zeitigte der Druck der SVP Wirkung: Dank der SVP blieben beispielweise die Skigebiete offen, die Arbeiter und Handwerker konnten im Winter in den Beizen eine warme Mahlzeit einnehmen und der Lockdown der Läden und Einkaufszentren von diesem Früh-

Aus dem Chaos-Krisenmanagement von Bundesrat und BAG müssen jetzt die richtigen Lehren gezogen werden. Die Freiheiten und Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger dürfen niemals wieder in einem solchen Ausmass eingeschränkt werden! Und eine Zweiklassen-Gesellschaft gilt es auf jeden Fall zu vermeiden. Stattdessen müssen die Risikogruppen konsequent geschützt werden, bei gleichzeitig maximaler Freiheit der übrigen Bevölkerung.

Bürgerliche Lösung für die AHV-Sanierung

Die AHV muss dringend saniert werden, damit das Sozialwerk auch für künftige Generationen funktioniert. Bundesrat Alain Berset hat wichtige Zeit verplempert. Doch die bürgerlichen Parteien ziehen am selben Strick.



von Alex Kuprecht
Ständeratspräsident
Pfäffikon (SZ)

Die Revision sowohl der AHV als auch des BVG sind wohl die wichtigsten sozialpolitischen Aufgaben in der laufenden Legislatur. Nach der Ablehnung der Altersvorsorge 2020 (AV2020) hat sich der zuständige Bundesrat Alain Berset zu viel Zeit gelassen, die unumstrittenen Teil der vom Volk abgelehnten Vorlage in eine neue Botschaft zu gießen. Die Vorlage AHV21 geht in die gleiche Richtung: Rentenalter 65 auch für die Frauen, Ausgleichsmassnahmen für die Frauen, die unmittelbar vor der Pensionierung stehen, Flexibilisierung der Renten durch die Einführung eines Teilrentenbezugs ab 63 sowie die Refinanzierung durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Diese Kernanliegen der Botschaft sind nichts Neues, sondern sie waren schon in der AV 2020 enthalten. Warum man so lange dafür gebraucht hat, ist das Geheimnis von Alain Berset.

Vernunft und Weitsicht des Volks

Die AHV als wichtigste Grundrente muss saniert werden. Ein erster Schritt wurde durch die Steuer- und AHV-Vorlage mit der Zuweisung von rund 2,4 Mia. gemacht. Die Lohnabgaben wurden um 0,3% und der Bundesanteil auf 20,2% erhöht. Das volle Mehrwertsteuerprozent wird nun endlich vollständig der AHV zugewiesen. Dass zusätzliches Geld in das Sozialwerk fliessen muss, ist unbestritten. Die Demografie lässt die Anzahl

der Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger in den kommenden Jahren sehr stark ansteigen. Nach dem Scheitern der letzten Vorlage war es wichtig, dass sich SVP, FDP, die Mitte sowie die GLP auf ein gemeinsames Vorgehen einigen konnten. Die Positionen dieser Parteien bei den wichtigsten Bereichen sind in den allermeisten Punkten identisch. Die Kommissionsergebnisse sowie die Ergebnisse im Ständerat wie auch im Nationalrat zeugen davon.

Die wichtigsten Differenzen bei den Abgeltungsmassnahmen waren absehbar und beabsichtigt. Sie halten sich aber im Rahmen, und bei der zeitlichen Übergangsfrist sind sie lösbar. Zentral wird die Teilpensionierungsmöglichkeit ab 63 sein. Viele werden davon Gebrauch machen, aber mit einem tieferen Beschäftigungsgrad über das Alter 65 hinaus arbeiten. Verbesserungen sind auch beim Freibetrag vorgesehen. Zentral ist jedoch, dass keine weiteren Lohnabzüge erfolgen und die Mehrwertsteuer statt gegen 1% lediglich auf 0,3-0,4% angehoben werden soll.

Mit den nun vorgesehenen Revisionsergebnissen wird die AHV bis ins Jahr 2030 stabilisiert. Sowohl der Ständerat als auch der Nationalrat haben zudem



Nach mehreren Misserfolgen von SP-Bundesrat Alain Berset ist es nun an der Zeit, dass die bürgerlichen Parteien die Reform von AHV und BVG in die Hand nehmen.

den Bundesrat beauftragt, bis Ende 2026 dem Parlament eine neue Vorlage für die Stabilisierung der nächsten Dekade von 2030 bis 2040 vorzulegen.

Über die aktuelle Sanierung wird am Ende das Volk abstimmen. SP und Grüne wollen die AHV ausbauen und darum diese Vorlage bekämpfen. Ich zähle auf die Vernunft und die Weitsicht der Mehrheit des Volkes. Sie werden Ja sagen zur dringend nötigen Sanierung der AHV.



**KMU &
Arbeitsplätze
zerstören?**

**Linksradikale
99%-Initiative**

NEIN

Nein zur sozialistischen 99%-Initiative

Die Jungsozialisten wollen einmal mehr mit einer Initiative unsere Wirtschaft und damit unseren Wohlstand torpedieren. Das Kapital soll zu einem grösseren Prozentsatz als bisher versteuert werden. Die Folgen wären für die ganze Volkswirtschaft und das Gewerbe verheerend.



von Sandra Sollberger
Unternehmerin
Nationalrätin, Liestal (BL)

Am 26. September stimmen wir über die 99%-Initiative der Linken ab. Sie fordern, dass Kapital zu einem grösseren Prozentsatz als bisher versteuert werden muss. Die Folgen wären für die ganze Wirtschaft und unsere KMU katastrophal. Der steuerliche Raubzug auf das Kapital der Unternehmen führt dazu, dass weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, die die Firmen zum Überleben und Wirtschaften brauchen. Das Unternehmertum würde einmal mehr durch sozialistische Ideologien geschwächt. Gerade nach der Corona-Krise müssen wir doch schauen, dass die Wirtschaft wieder in Schwung kommt. Wir brauchen jetzt unternehmerisches Engagement, um eine grössere Wirtschaftskrise zu verhindern. Deshalb müssen wir diesen linken Fantasien und der Schröpfung unseres Mittelstandes eine Abfuhr erteilen.

Schaden für KMU und Familienbetriebe

Denn insbesondere KMU, das Gewerbe und Familienunternehmen wären massiv von dieser Initiative betroffen. Familienbetriebe, welche eher klein sind (wie der lokale Malerbetrieb, der Sanitär, die Bäckerei oder der Dorfladen) würden durch diese schädlichen Ideen gefährdet. Ihnen bliebe weniger Geld für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Nachfolgelösungen würden zusätzlich behindert, da die mit der Initiative angestrebte Kapi-

talgewinnsteuer die Übertragung der meist über viele Jahre aufgebauten Firmensubstanz erschwert. Somit trifft diese Mogelpackung auch den Schweizer Mittelstand sowie Personen mit tieferen Einkommen. Jobs werden damit vernichtet, Lehrstellen gestrichen und das Engagement der Unternehmer erstickt.

Die Sozialisten versprechen zwar immer, den Armen zu helfen. Aber mit dieser Initiative passiert genau das Gegenteil. Grosse Unternehmen werden Arbeitsstellen einfach auslagern. Mittlere und kleine Betriebe werden aber weniger investieren können, was ebenfalls eine Schwächung der lokalen Wirtschaft bedeutet. Wer etwas Geld angelegt hat, eine Wohnung oder ein Haus sein Eigen nennt, einen Bauernhof besitzt, ein Unternehmen führt und damit für Innovation und Arbeitsplätze sorgt, ist mitten im Steuer-Sog

«Insgesamt ist diese Initiative ein Schuss ins eigene Knie: Sie schwächt den Unternehmensstandort Schweiz und damit die Grundlage für unseren Wohlstand.»

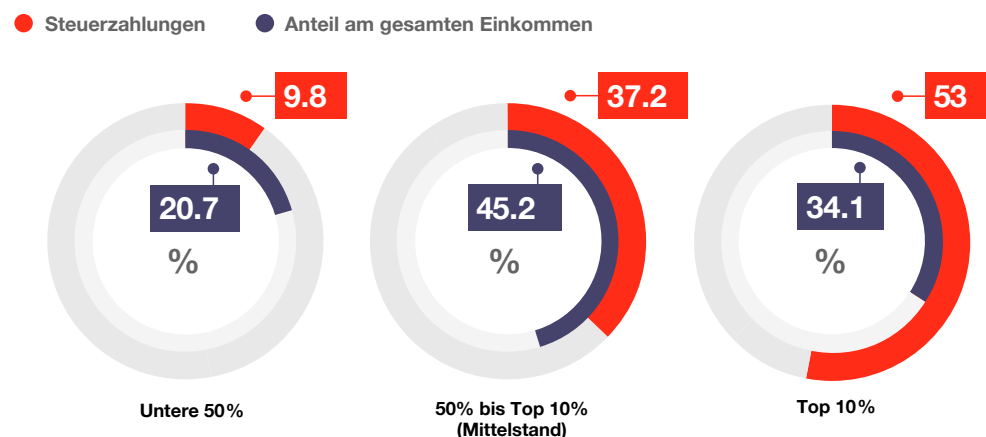
dieser trügerischen Juso-Initiative. Hausseigentümer und Landwirte sind daher genauso betroffen wie Startups, Gewerbebetriebe und Grossfirmen, also die gesamte Wirtschaft und auch die Arbeitnehmenden. Die Folge sind tiefere Löhne und mehr Arbeitslose.

Schwächung des Unternehmensstandorts

Insgesamt ist diese Initiative ein Schuss ins eigene Knie: Sie schwächt den Unternehmensstandort Schweiz und damit die Grundlage für unseren Wohlstand. Eine starke und freiheitliche Wirtschaft braucht unternehmerische Freiheit und tiefe Steuern. Mit dieser sozialistischen Steuerzentralisierung und Umverteilung erreicht man genau das Gegenteil. Sagen wir deshalb Nein zur 99%-Initiative der Linken!

Vermögendste 10% bezahlen über 50% der Steuern

Das reichste Prozent nimmt rund 11 Prozent aller Einkommen ein. Sie bezahlen jedoch deutlich überproportionale 24 Prozent aller Einkommensteuern. Sie tragen somit viel zur Finanzierung des Staates und damit zum gesellschaftlichen Wohlstand bei. Mit den Top 10 Prozent sind es schon über 50 Prozent der Steuereinnahmen.



«Ehe für alle» schadet dem Kindeswohl

Die «Ehe für alle» inklusive Samenspende für lesbische Paare ist verfassungsrechtlich höchst umstritten. Klar ist: Sie führt zu gesetzlich vorgesehener Vaterlosigkeit, das Kindeswohl bleibt auf der Strecke. Forderungen zur ethisch inakzeptablen Leihmutterschaft werden folgen.



von Verena Herzog
Nationalrätin
Frauenfeld (TG)

Die Familie ist ein tragendes Element eines jeden funktionsfähigen Staates und gründet unter anderem auf biologischen Fakten. Denn nur die Verbindung von Mann und Frau hat aus sich heraus die Fähigkeit zur Weitergabe des Lebens. Bundesgericht und Bundesrat haben das Recht auf Ehe stets als eine auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft von Frau und Mann interpretiert. Auch im Uno-Pakt II über bürgerliche und politische Rechte, den die Schweiz unterzeichnet hat, wird das Recht der Ehe zwischen Mann und Frau anerkannt. Dass die JUSO die Ehe schon längst abschaffen und die Jungfreisinnigen die Ehe durch eine sogenannte

«Verantwortungsgemeinschaft» ersetzen und auch polygame Beziehungen erlauben wollen, kann ihren Positionspapieren entnommen werden.

Selbstverständlich ist es jedem Menschen freigestellt, mit wem er sein Leben teilen will. Mit der «eingetragenen Partnerschaft» ist der rechtliche Rahmen auch für homosexuelle Paare seit 2007 gegeben. Wer diesen Weg wählt, müsste jedoch auch die Grösse haben, gewisse Konsequenzen zu akzeptieren.

Doch der so gross in Mode gekommene, grenzenlose Egoismus will nun die Samenspende für Lesbenpaare gesetzlich verankern, obwohl dies den Kinderrechten widerspricht und aus Sicht von Vernunft und Ethik nur als verantwortungsloses Gesellschaftsexperiment bezeichnet werden kann.

Nein zur Salamitaktik

Vor der Einführung der eingetragenen Partnerschaft für homosexuelle Paare versprochen die Befürworter hoch und heilig: Adoption und Samenspende-Zugang würden für homosexuelle Paare tabu bleiben.

Wenige Jahre später wurde die Stiefkind-adoption für homosexuelle Paare eingeführt, und nun sollen mit der Ausweitung der Ehe auch der Zugang zum normalen Adoptionsverfahren rechtlich verankert und die Samenspende für lesbische Paare gutgeheissen werden. Was kommt als nächstes? Es wird nicht lange dauern, bis

«Es wird nicht lange dauern, bis schwule Paare die ethisch inakzeptable Leihmutterschaft fordern werden. Damit würde die Degradierung der Frau zur käuflichen Gebärmachine traurige Realität werden.»

schwule Paare die ethisch inakzeptable Leihmutterschaft fordern werden. Damit würde die Degradierung der Frau zur käuflichen Gebärmachine traurige Realität werden.

Gegen das Kindeswohl

Während der parlamentarischen Debatte wurde von Bundesrätin Karin Keller-Sutter eine Etappierung der Vorlage und der vorläufige Verzicht auf die Samenspende für lesbische Paare empfohlen. Zu viele rechtliche Fragen, die für das Kind bedeutsam sind, seien offen. Unterdessen scheint es dem Bundesrat egal zu sein, dass noch mehr Kinder vorsätzlich vaterlos aufwachsen müssen und erst mit 18 Jahren erfahren dürfen, wer ihr leiblicher Vater ist. Schon heute müssen zu viele Kinder bei gewollt oder ungewollt Alleinerziehenden auf einen Papi und ein väterliches Vorbild verzichten. Dabei ist, wie wir aus langjähriger Forschung und Erfahrung im Pflege- und Adoptivkindbereich wissen, die Verwurzelung in der Ursprungsfamilie für die Identitätsentwicklung eines Kindes zentral.

Deshalb NEIN zur «Ehe für alle» und NEIN zur Samenspende!



Die Ehe für alle würde Kindern jeglichen Kontakt zu ihren Vätern entziehen, allein aufgrund der Entscheidung ihrer Mütter. Hat das Recht, ein Kind zu bekommen, Vorrang vor dem Recht, einen Vater zu haben? Niemand kann seinem Kind verbieten, seinen Vater zu kennen.

Nein zu staatlich finanzierten Medien

Im Juni haben National- und Ständerat ein neues Medienförderungsgesetz verabschiedet. Dieses sieht staatliche Subventionen von jährlich fast 300 Mio. Franken an diverse Medien vor. Neu sollen sogar Online-Portale direkt unterstützt werden. Solche Geldflüsse führen zu gefährlichen Abhängigkeiten.



von Gregor Rutz
Unternehmer
Nationalrat, Zollikon (ZH)

Medienförderung ist in einem liberalen Staat ein Unding. Die Demokratie baut auf dem freien Diskurs der Meinungen. Dafür braucht es Medien, die inhaltlich wie finanziell unabhängig sind. Länder, die Zeitungen und TV-Stationen staatlich kontrollieren und finanzieren, sind selten demokratisch – im Gegenteil. Dies zeigt, wie gefährlich das Thema Medienförderung ist.

Indirekte Medienförderung

Die sogenannte indirekte Presseförderung gibt es in der Schweiz bereits. Dies ist ordnungspolitisch unschön, aber geduldet. Bislang unterstützte der Bund abonnierte Zeitungen sowie Vereins- und Verbandspublikationen, indem er die Zustelltaxen verbilligte. Die Unterstützungsbeiträge von heute 50 Mio. Franken sollen nun auf 120 Mio. Franken erhöht werden.

Diese staatlichen Interventionen führen zu Wettbewerbsverzerrung: Je-

der Franken, der in die Zustellverbilligung abonnierte Zeitungen fließt, erschwert die Situation für andere Geschäftsmodelle. Warum erhalten Gratiszeitungen wie «20 Minuten» oder kostenlos zugestellte Wochenzeitungen keine Subventionen? Mit welchem Recht wird behauptet, abonnierte Zeitungen seien journalistisch besser als kostenlose Publikationen, die sich z.B. über Inserate finanzieren?

Gefährliche falsche Wahrnehmung

Das Medienförderungspaket kultiviert eine falsche Optik der Medienlandschaft. Staatlich finanzierte oder geförderte Angebote werden als qualitativ höherwertig angesehen, während private Initiativen als kommerziell motiviert – und damit qualitativ ungenügend – abgetan werden. Mit dieser Begründung werden immer mehr Subventionen gesprochen und neue Bereiche reguliert.

« Er fordert eine Zertifizierung von Medien, die unterstützungswürdig sind und gute journalistische Arbeit leisten. Der Staat soll also bestimmen, wer gut arbeitet und Subventionen erhält. »

bald keine Medienanbieter ohne Staatsgelder mehr. Alles wird staatlich finanziert: Neben indirekter Presseförderung gibt es das Gebührensplitting für private Radio- und TV-Stationen (heute 81 Mio. Franken) sowie Subventionen für

Nachrichtenagenturen. All dies soll um gut 50 Mio. Franken erhöht werden. Gleichzeitig gehen wir zur direkten Medienförderung über und zur Regulierung des Online-Bereichs (30 Mio. Franken). Mit diesen Subventionen züchten wir Unternehmen heran, die nicht überlebensfähig sind und nie auf eigenen Füßen stehen können. Auch hier werden nur Portale mit Abo-System berücksichtigt – andere Geschäftsmodelle sind ausgeschlossen.

Bald staatliches Gütesiegel?

Die Folgen dieser Subventionsstrukturen skizzierte Professor Otfried Jarren, Präsident der Medienkommission. Er forderte eine Zertifizierung von Medien, die unterstützungswürdig sind und gute journalistische Arbeit leisten. Der Staat soll also bestimmen, wer gut arbeitet und Subventionen erhält. Für den Kunden sei so ein «Gütesiegel» hilfreich – ähnlich wie in der Landwirtschaft oder in der Wissenschaft.

Fazit: Wer nicht will, dass künftig Beamte entscheiden, welches Medium gut und welches schlecht ist, muss unbedingt das Referendum gegen das Medienförderungspaket unterschreiben!

HIER
SCANNEN



Hier Unterschriftenbogen herunterladen oder bestellen:
<https://staatsmedien-nein.ch>



DS AUTOMOBILES

NEUE DS CLUB EDITION

SONDERSERIE MIT TOP-AUSSTATTUNG UND EINZIGARTIGEN PREISEN.

DS 7 CROSSBACK CLUB EDITION

Benziner bereits ab CHF 37'850.-

4x4 Plug-in Hybrid CHF 51'850.-

DS 3 CROSSBACK CLUB EDITION

Benziner CHF 31'450.-

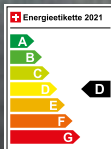
100 % elektrisch CHF 36'950.-

- 5 Jahre DS Premium Service
- Leasing ab 0,99%



DSautomobiles.ch

DS 7 CROSSBACK: ANGEBOT GÜLTIG SOLANGE VORRAT REICHT. ANGEBOTE GÜLTIG FÜR PRIVATKUNDEN, NUR BEI DEN AN DER AKTION BETEILIGTEN HÄNDLERN. EMPF. VP INKL. MWST. DS 7 CROSSBACK PURETECH 130 EAT8 CLUB, KATALOGPREIS CHF 37'950.-; VERBRAUCH GESAMT 7,4 L/100 KM; CO₂-EMISSION 167 G/KM; TREIBSTOFFVERBRAUCHSKATEGORIE D. PROVISORISCHER ZIELWERT NACH DEM NEUEN WLTP-TESTZYKLUS: 118 G CO₂/KM. DURCHSCHNITT ALLER ERSTMALS IMMATRIKULIERTEN PERSONENWAGEN: 169 G CO₂/KM. ENERGIEKATEGORIE GÜLTIG FÜR EINE IMMATRIKULATION VOR DEM 31. DEZEMBER DES LAUFENDEN JAHRES.



DS 3 CROSSBACK: ANGEBOT GÜLTIG SOLANGE VORRAT REICHT. ANGEBOTE GÜLTIG FÜR PRIVATKUNDEN, NUR BEI DEN AN DER AKTION BETEILIGTEN HÄNDLERN. EMPF. VP INKL. MWST. DS 3 CROSSBACK PT 130 PS CLUB, KATALOGPREIS CHF 31'450.-; VERBRAUCH GESAMT 6,7 L/100 KM; CO₂-EMISSION 152 G/KM; TREIBSTOFFVERBRAUCHSKATEGORIE B. PROVISORISCHER ZIELWERT NACH DEM NEUEN WLTP-TESTZYKLUS: 118 G CO₂/KM. DURCHSCHNITT ALLER ERSTMALS IMMATRIKULIERTEN PERSONENWAGEN: 169 G CO₂/KM. ENERGIEKATEGORIE GÜLTIG FÜR EINE IMMATRIKULATION VOR DEM 31. DEZEMBER DES LAUFENDEN JAHRES.

